

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : machtlose UNO ; Sperrfeuer gegen die Wahrheit ;
Über Nordvietnam gegen China? ; Erst verstehen - dann kritisieren! ;
Auflösende Kräfte in den USA ; Washington, Bonn, Moskau

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

seinem Begleitwort sagt, «gewiß auch verschiedene Auffassungen über den Weg, der in eine bessere Zukunft führt. Mit dem großen Menschen Albert Schweitzer aber verbindet sie alle die Verantwortung gegenüber dem Leben und die Liebe zu den Menschen, der gemeinsame Wille, eine neue Welt zu schaffen, eine Welt des Friedens, in der die Ehrfurcht vor dem Leben erstes Gebot ist».

H. K.

Konrad Onasch. Ikonen. Union-Verlag Berlin.

In der Reihe «Altrussische Kunstdenkmäler», die Konrad Onasch und Hubert Fränsen herausgeben, ist der mit über 150 großformatigen Farbtafeln versehene Band über die russischen Ikonen herausgekommen.

Es ist wohl nicht nur die schönste, sondern auch wissenschaftlich die fundierteste Ausgabe, die bis heute in deutscher Sprache existiert: bringt sie doch einerseits zahlreiche farbige Abbildungen überhaupt erstmals, zumal sehr seltene Bilder, so bringt sie andererseits die auf dem heutigen Stand dieser Spezialwissenschaft fußenden Tatsachen als exakte Analyse, die in ihrer prägnanten Kürze und souveränen Beherrschung des gesamten, sehr komplexen Stoffes kaum ihresgleichen hat.

Was noch wichtiger ist: nicht eine meditative, pseudomystische Schau wird geboten mit hoch- und tiefstapelnden Worten, sondern eine präzise Darstellung von Wesen und Geschichte dieser christlichen Kunst, die, sofern der Begriff «christliche Kunst» richtig ist, die intensivste und direkteste ihrer Art ist, weil sie abseits der Säkularisierung Westeuropas als heiligmäßiges Tun, als Gottesdienst geschaffen wurde. Die Maler der Ikonen malen nicht nur als Mittel zum Zweck, um den Gottesdienst zu erörtern oder zu bereichern, sondern ihr Malen selber ist Gottesdienst. In diesem Sinne ist die Ikonenmalerei reine religiöse Kunst, die, wie Onasch eingangs formuliert, «von der Spannung zwischen Diesseits und Jenseits» lebt, weil sie ein «Fenster in die Ewigkeit» ist, eine «Versinnlichung des Übersinnlichen». Sie ist Liturgie, ja, sie ist als menschliche Kunst Teil der Menschwerdung Christi; sie ist es jedoch nur in der orthodoxen Kirche, und nicht in der römischen noch in den protestantischen Kirchen. Kein größerer Gegensatz denn auch als zwischen Rublev und Raphael.

Gelingt es Onasch, das Wesen dieser Ikonenmalerei ausgezeichnet zu fassen, so findet ebenfalls die Geschichte dieser Kunst eine knappe, treffsichere Darstellung, die von den byzantinischen Quellen, über die alte Kiewer-Schule, über Vladimir-Susdal, Jaroslawl, Nowgorod und Pskow zur Blüte in Moskau führt mit Andrej Rublev (Anfang 15. Jahrhundert) als Gipfelpunkt (er ist wahrlich einer der größten Maler in der gesamten bisherigen Kunstgeschichte), mit der Schule von Twer bis zum Ausklang der Stroganow-Schule und der Usakow-Schule im 17. Jahrhundert bis zu den Ikonen von Palech im 18. Jahrhundert. Volle siebenhundert Jahre umfaßt diese tatsächlich einzigartige Geschichte.

Diese Edition ist eine der schönsten Kunstpublikationen der letzten Jahre, völlig abseits von Mache und Sensation. Es ist ein Buch der großen Stille. *Konrad Farnert*

WELTRUNDSCHAU

Machtlose UNO Wieder einmal tagt in Neuyork die Vollversammlung der *Vereinten Nationen*. Es ist ihre 21. Tagung, mit jetzt 119 vertretenen Staaten. Aber alles ist sich einig darüber, daß die UNO mehr denn je eine klägliche Rolle spielt angesichts der brennenden Fragen und Aufgaben, die ihrer Lösung durch die vornehmlich zur Erhaltung und Sicherung des Friedens unter den Völkern geschaffene Weltorganisation harren. Um den Krieg in Vietnam kümmert sie sich bisher überhaupt nicht –

darf sie sich nicht kümmern. Dies obwohl ihr Generalsekretär U Thant in seinem Rücktrittsschreiben gestand, daß die Lage in Südostasien «der Grund äußerster Unruhe» für ihn geworden sei, und beifügte, es scheine ihm schon seit vielen Monaten, «daß der Druck der Ereignisse unerbittlich zu einem Großbrand führen muß, während die Anstrengungen zur Entspannung dieser Lage verheerend langsam sind». Von Entspannung und Abrüstung ist tatsächlich keine Rede. Die Abrüstungskonferenz kommt nicht vom Fleck und wird es auch nicht vermögen, solange das volkreichste Land der Erde, China, die werdende neue Großmacht, von der UNO ausgeschlossen bleibt. Das Problem Deutschland, das in Europa die schwerste Gefahr für den Frieden in sich birgt, wird von der UNO gänzlich mißachtet. Die explosive Lage in Südafrika und neuerdings auch wieder im Kongo ist höchstens ganz am Rand ein Gegenstand ihrer Bemühungen. Die Hilfe für die unterentwickelten, armen Völker und die Speisung des hungernden Drittels der Menschheit – Aufgaben, deren Lösung auch für den Weltfrieden entscheidend wichtig ist – finden in der UNO nur ganz ungenügende Förderung. Kurz, wohin man schaut – Versagen über Versagen der nach dem Zusammenbruch des Völkerbunds mit so großen Hoffnungen begrüßten «Vereinten (!) Nationen».

Die Ursachen dieser Fehlleistung sind natürlich nicht nur an einem einzigen Ort zu suchen. Sie liegen vor allem darin, daß die in der UNO führenden Großmächte und ihre Mitläufer ihren (vermeintlichen) Sondervorteil beharrlich über die gemeinsamen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Menschheit stellen, die immer deutlicher eine Einheit wird und von deren Gedeihen im Ganzen auch das Wohl jedes einzelnen ihrer Glieder abhängt. Es ist aber wirklich keine unzulässige Vereinfachung verwickelter Zusammenhänge, wenn man feststellt, daß es vor allem der Wille zur Aufrechterhaltung der *alten, kapitalistisch-imperialistischen Weltordnung* und anderseits der Drang nach einer neuen, *sozialistischen Ordnung* im nationalen wie im internationalen Maßstab ist, der – mit den entsprechenden geistigen Kräften dahinter – die Gegensätze im Schoße der UNO erzeugt hat und ihre fruchtbare Tätigkeit lähmt. Mittelpunkt der konservativen Bestrebungen sind die *Vereinigten Staaten von Amerika*, die alles daran setzen, die Bildung einer – sagen wir kurz – sozialistischen Welt zu verhindern, unter dem Vorgeben, der gewaltsamen Eroberung der Welt durch den Kommunismus im Namen von Freiheit, Menschenrecht und Völkerfrieden einen haltbaren Damm entgegensetzen zu müssen.

Dieser Auffassung ist auch ein junger amerikanischer Schriftsteller, David Horowitz, der in seinem Buch «The Free World Colossus» («Der Koloß der Freien Welt») die Geschichte der USA-Außenpolitik von 1945 bis 1965 darzustellen unternommen hat. Der Schluß, zu dem er kommt, ist, daß es den Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht um die Eindämmung eines russischen Ausdehnungsdranges ging, sondern um die Unterdrückung revolutionär-sozialistischer Bewegungen und Kräfte. «Amerikas Politik des Kalten Krieges hat einen gegenrevolutionären und nicht einen ausdehnungsgegnerischen Charakter... Die Rhetorik vom Widerstand

gegen einen (äußeren) Angriff war lediglich ein Deckmantel für die Eindämmung innerer Wandlungen.» Geschichtslegenden, die das Staatsdepartement verzapft und verschönt habe, hätten «dazu gedient, Unterdrückung im Namen der Freiheit zu rechtfertigen und Konflikte im Namen des Friedens zu verewigen». Korea, Vietnam, Laos, China und die Philippinen, aber auch Guatemala, Kuba und San Domingo, Griechenland, die Türkei und Irak, dazu Afrika (Kongo, Südafrika) und Westeuropa sind seit Kriegsende Zeugen dieses folgerichtig eingehaltenen Kurses der nordamerikanischen Weltpolitik.

Erleichtert wird die gegenrevolutionäre Grundhaltung der Vereinigten Staaten durch die *gewaltrevolutionäre* Ausrichtung eines großen Teiles der kommunistischen Weltbewegung. Die notwendigen Einschränkungen dieser Feststellung verstehen sich von selbst, besonders im Blick auf die Sowjetunion, die jetzt vor der unangenehmen Aufgabe steht, eine wortreiche Feindseligkeit gegen den amerikanischen Imperialismus mit dem verzweifelten Bemühen um ein friedliches Zusammenleben mit Amerika zu vereinbaren. Wenn wir von einer gewaltrevolutionären Einstellung der kommunistischen Kräfte reden, so wollen wir freilich aus ihrem Gegenteil, der *gewaltlosen* Überwindung des Kapitalismus, kein Dogma machen. Echte Gewaltlosigkeit wächst nur auf christlichem Boden oder aus einer menschlichen Haltung, wie sie für Gandhi und die von ihm geführte Bewegung kennzeichnend war. Die ganz große Mehrheit der auf Sozialismus und Kommunismus hindrängenden Völker steht aber bekanntlich gar nicht auf solchem Boden. Auch hier kann man also nicht wohl Trauben von den Dornen oder Feigen von den Disteln lesen. Man muß daher die gegen Kapitalismus und Imperialismus aufstehenden Klassen und Völker ihren Kampf mit den Mitteln führen lassen, die *sie* für gut finden, was allerdings bei weitem nicht heißt, daß wir alles annehmen, was sie dabei tun und lassen. Wir haben das Recht und die Pflicht, immer wieder auf den christlichen Weg auch zur gesellschaftlichen Freiheit hinzuweisen und von hier aus zu den Kämpfen um gewaltsame Befreiung von Klassen- und Fremdherrschaft kritisch Stellung zu nehmen. Das gilt nicht zuletzt für das uns fast unerträglich gewordene leidvolle Ringen um Vietnam und für unser Urteil über China.

Sperrfeuer gegen die Wahrheit

Was in Vietnam vorgeht, scheint allerdings für den Großteil der «freien» Welt nach wie vor durchaus erträglich zu sein, die unmenschliche Kriegführung der Amerikaner ebenso wie ihre Lügen über den ganzen Charakter des Krieges. Man lese beispielsweise, was eine der einflußreichsten Zeitungen der bürgerlichen Schweiz, die «Neue Zürcher Zeitung», sich durch einen Sonderkorrespondenten aus Vietnam berichten läßt. So ziemlich alle Verdrehungen des wirklichen politischen Tatbestands werden hier ebenso kritiklos weitergegeben, wie die Ausrottungsstrategie der «hochzivilisierten» USA-Militärführer entweder mit Stillschweigen übergangen oder gar noch beschönigt wird. Stoßen sich etwa unsere Journalisten und

Radiokommentatoren, soweit sie den Vietnamkrieg der USA gutheißen, an der planmäßigen, Tag für Tag durch Flugzeuge vorgenommenen Zerstörung der Felder und Wälder Vietnams? Ein einziges dieser amerikanischen Flugzeuge überschüttet bei jedem Einsatz eine Fläche von 120 Hektaren mit Giftstoffen, die allen Pflanzenwuchs vernichten! Und üben die großen Freiheitsfreunde, die in Presse und Fernsehen die Losungsworte Washingtons weitergeben, irgendwie ernsthafte Kritik an der irrsinnigen Höhe von Amerikas Kriegskosten? Sie erreichen schon jetzt gegen 2000 Millionen (zwei Milliarden) Franken im Monat und sollen noch viel höher steigen. Im nächsten Jahr dürften sie so hoch sein, daß sie die Hilfeleistungen aller wohlhabenden Staaten an die armen Völker um das Vierfache übertreffen und genügen würden, um jedem Einwohner von Südvietnam, also Frauen und Kinder inbegriffen, ein Einkommen von mehr als 8000 Schweizer Franken – eines der höchsten in der Welt – zu sichern.

Man begreift die erstaunliche Gleichmütigkeit der öffentlichen Meinung in der westlichen Welt und ihrer Macher gegenüber diesen Tatsachen besser, wenn man sich von einem Mitarbeiter des «New Statesman» (23. September) erzählen läßt, wie es beim *amerikanischen Propagandabetrieb in Saigon* her und zu geht. 400 ausländische Presse- und Fernsehleute, so verstehen wir, genießen da eine «Gastfreundschaft», deren Großzügigkeit keine Grenzen kennt und keine Kosten noch Anstrengungen scheut. Viele von ihnen werden mit amerikanischen Flugzeugen aus der ganzen Welt nach Vietnam und wieder nach Hause gebracht. Unterkunft, Verpflegung, Fahrten an die «Front» usw. werden den meisten bezahlt. Damit ein Pressephotograph Aufnahmen des berühmten Grabmals von Gia Long (nahe der alten Kaiserstadt Hué) machen konnte, wurden 150 Soldaten aufgeboten, die wenigstens für einen Tag die Gegend von Vietkongs freihalten mußten. «Journalisten, die solche Hilfe empfangen», so folgert der englische Beobachter, «müssen dankbar sein. Sie empfinden außerdem ein natürliches Mitgefühl für die netten und geduldigen amerikanischen Soldaten. Es besteht darum die Gefahr (!), daß sie einfach ein Stück der militärischen Propagandamaschine werden».

Man konnte diese «Gefahr» unter anderem bei der Berichterstattung über die famosen «*freien Wahlen*» zur südvietnamesischen verfassunggebenden Nationalversammlung feststellen. Eine Gruppe von asiatischen und afrikanischen Journalisten wurde, wie das genannte Londoner Blatt berichtet, neben vielen anderen Presse Männern von den Amerikanern nach Saigon geflogen. «Noch benommen durch Müdigkeit nach dem Flug mit der Düsenmaschine kamen sie an, wurden sofort in ein Wahllokal gepfercht und kabelten dann nach Haus, daß dies eine gänzlich freie und anständige Abstimmung gewesen sei.» Kein Wunder, daß in der Weltpresse – auch in der Schweiz – spaltenlange Lobartikel über die Wahl erschienen, die «ein erster Schritt in Richtung auf eine demokratisch fundierte Regierungsstruktur» gewesen sei. In Wahrheit war sie eine schwindelhafte Posse des noch heute für Hitler begeisterten Militärdiktators Ky. Wer sich die Mühe nahm, die in Saigon mit wunderbarer Schnelligkeit ermittelten Wahlzahlen genauer anzu-

schauen, mußte nur zu bald feststellen, daß die 83 Prozent Wähler, die an der Urne erschienen seien, nach Abzug der vom Stimmrecht ausgeschlossenen Einwohner und der als ungültig erklärten Stimmen sowie unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Hälfte (wenn nicht mehr) der südvietnamesischen Bevölkerung in Vietkonggebieten lebt, nur eine bescheidene Minderheit der erwachsenen Bevölkerung Südvietnams waren. Wobei nach allen Berichten ein großer Teil der Stimmenden gar nicht gewußt hat, worum es bei dieser «Wahl» eigentlich ging, und nur aus Furcht vor möglichen persönlichen Nachteilen den Stimmzettel in die Urne gelegt hat. Die so gewählte «Nationalversammlung» hat übrigens nur einen unverbindlichen Entwurf für eine Verfassung auszuarbeiten, der von der Regierung nach Belieben abgeändert werden kann, worauf sich das «Parlament» gehorsam auflösen wird. So sieht die «demokratische Regierungsstruktur» aus, die jetzt in Südvietnam im Werden ist...

Nein, auch diese Wahlkomödie gibt den Vereinigten Staaten kein Recht, der volksfeindlichen, grob eigennützigen Oberschicht in Saigon zu helfen, den Volksaufstand gegen ihr korruptes Regiment gewaltsam niederzuschlagen. Rudolf Augstein, der Herausgeber des Hamburger «Spiegels», hat schon recht: «Wenn sie (die Amerikaner) durch die Tat das Recht beanspruchen, jedes feudale Ausbeuterregime gegen eine von Kommunisten angeleitete Erhebung am Ruder zu halten; wenn es keine gewaltsame Veränderung in der Welt mehr geben darf, an der Kommunisten beteiligt sind, sondern nur noch Gewalttaten kapitalistischer Militärs, und wenn dieser Grundsatz nicht bloß in der Theorie behauptet, sondern mit ganzer Macht und kriegereischer Konsequenz durchgesetzt wird: dann hat die kommunistische Moral recht, der zufolge es keine Moral gibt, es sei denn, die revolutionäre Moral, den Kapitalismus mit allen nützlichen Mitteln zu bekämpfen, und die kapitalistische Moral, sich mit allen nützlichen Mitteln gegen die Revolution zu behaupten.»

Über Nordvietnam gegen China? Inzwischen erwartet man weiterhin, daß die Vereinigten

Staaten *Nordvietnam auch vom Boden und von der See her angreifen* werden. Es ist auch wirklich schwer zu glauben, daß die Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte, die im Lauf des nächsten Jahres bis auf 600 000 Mann (von heute 320 000 Mann) gebracht werden sollen, zu etwas anderem bestimmt sei als dazu, endlich die Unterstützung des Vietkong vom Norden her radikal zu verhindern. Schon längst stehen 30 000 Amerikaner auch in Thailand, während in Südvietnam großartige Militäranlagen erstellt werden – mit Vorräten von Atombomben, die zweifellos für Nordvietnam bestimmt sind. Das brächte dann aber auch den offenen Zusammenstoß der Vereinigten Staaten mit *China* in unmittelbare Nähe. In Washington denkt man tatsächlich überhaupt nicht daran, Südost- und Ostasien sich selber zu überlassen und die militärische Machtstellung der USA in diesem ganzen

riesigen Raum wieder preiszugeben, wenn einmal der Sieg über den vietnamesischen Kommunismus erlangt sei. Die Vereinigten Staaten wollen eben nicht nur *eine* Pazifikmacht neben anderen sein, sondern *die* beherrschende Macht in den Ländern um den Stillen Ozean herum, nachdem sie Japan, das nach dieser Rolle gestrebt hatte, im Zweiten Weltkrieg erledigt und fast zum amerikanischen Untertanenland gemacht haben. Sie haben quer durch den Pazifik und ebenso der Länge nach in seinem westlichen Teil – von den Aläuten bis zu den Philippinen – stärkste Militärstützpunkte angelegt, die sie immer weiter ausbauen.

Aber noch haben sie – wenn man Japan ausschließen will – zwei gefährliche Mitbewerber neben sich: die Sowjetunion und China. Die Sowjetunion als konservativ gewordene Macht denkt vor allem daran, ihre Stellung als zweites Weltreich zu behaupten und es nicht auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten ankommen zu lassen. Bleibt also China *der* Gegner, den auszuschalten das große Ziel amerikanischen Herrschaftsstrebens im Pazifikraum geworden ist. Erst und nur wenn das kommunistisch regierte neue China nicht mehr handlungsfähig ist, wird der Vorrang, ja die Alleingültigkeit des «freien Unternehmertums» in diesem Erdteil mit seinen unermesslichen wirtschaftlichen Möglichkeiten, ja darüber hinaus auch in der übrigen Welt annehmbar gesichert sein. China aber ist längst auf dem Weg, sich dieser Drohung zu entziehen. Es baut mit einer Anstrengung und Beharrlichkeit, die ihresgleichen sucht und geradezu übermenschliche Kraft erfordert, seine eigene, sozialistisch ausgerichtete Wirtschaft mit der zugehörigen Gesellschaftsordnung aus und sucht auch die übrigen ost- und südasiatischen Völker auf den gleichen Weg zu bringen.

Der Koreakrieg stellte ein erstes Mal die Vereinigten Staaten gegen China. Die Gewaltprobe mußte aber ergebnislos abgebrochen werden, und Amerika zögerte zunächst, sie anderwärts zu suchen. Erst die Vertreibung Frankreichs aus Indochina mit dem, was darauf folgte, rief die Vereinigten Staaten erneut und diesmal mit immer festerem Entschluß zum Sieg auf den Plan. Vietnam ist zum Schauplatz des neuen Ringens geworden, aber das Hauptziel ist und bleibt China. Die Schwierigkeit ist «nur», China *dauernd* zu beherrschen. Mit einem Regen von Atombomben könnte es – wenigstens nach der Rechnung der amerikanischen Militärführer – ziemlich schnell gelähmt werden. Aber die gewaltige Landmasse Chinas mit ihrer sich sprunghaft vermehrenden Riesenbevölkerung (die auch nach dem Verlust einiger hundert Millionen Menschen noch fürchtenswert bliebe) wirklich in ihre Hand zu bekommen, das ist eine Aufgabe, die sogar für die Vereinigten Staaten mit ihren vermeintlich unerschöpflichen technischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtmitteln unlösbar ist. Ob diese Einsicht in Washington endgültig durchdringt, das ist jetzt die Frage. Die Chinesen ihrerseits sind sehr geneigt, sie zu verneinen. Und die «*zweite Revolution Maos*», die zurzeit im Gang ist, ist kaum anders zu erklären als mit der Entschlossenheit, das ganze Volk auf die als gewiß angesehene entscheidende Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten vorzubereiten. Darin sind

sich die besten Kenner Chinas einig, denen auch wir – wie die Leser wissen – uns mit unserer Meinung angeschlossen haben*.

Mao und seine engsten Freunde, besonders diejenigen in der Armeeleitung, fürchten ohne Zweifel schon lange, daß der revolutionäre Schwung des chinesischen Volkes beim Ausscheiden des Führers beim «Langen Marsch» aus Leben und Politik erlahmen und einem «Revisionismus» Platz machen werde, der das ganze Lebenswerk der Schöpfer des neuen China zunichtemachen müsse. Darum die rücksichtslose «Säuberung» der höheren Partei- und Staatsämter von angeblichen «Gegenrevolutionären». Und darum auch die Gründung und Loslassung der «Roten Garden», die mit ihren wilden, brutalen Ausschreitungen freilich auch Uneinigkeit und erbitterte Feindschaft gegen «oben» ins Volk getragen haben. Der ganze Zweck der Übung wird dadurch in Frage gestellt und zudem weitherum in der Welt Mißtrauen, ja Verachtung und Ärgernis gegenüber dem sozialistischen China erregt, das gerade jetzt Vertrauen, Freundschaft und Verständnis für seinen Kampf nötiger hätte als je. In Moskau kann man mit *diesem* Ergebnis nur zufrieden sein.

Erst verstehen – dann kritisieren! Wir unsererseits wollen uns weiterhin hüten, in das fast allgemeine Verdammungsurteil einzustimmen, das jetzt wieder einmal in der westlichen Welt, die Sowjetunion eingeschlossen, über China ausgesprochen wird. Trotz allen Fehlern, die das neue China gemacht hat und immer noch macht, empfinden wir die geistige und materielle Wiedergeburt des chinesischen Volkes und seine Befreiung von äußerer Knechtschaft und Ausbeutung und von innerer Erstarrung und Fäulnis als eines der gewaltigsten Ereignisse der Weltgeschichte. Es wird unwägend heilsame Wirkungen von noch überhaupt nicht abzusehender Tragweite haben. Und es wäre sicher nicht zu früh, die grotesken Fehltritte, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und besonders seit der Aufrichtung der Volksrepublik in Europa und Nordamerika über China gefällt worden sind und neuerdings wieder gefällt werden, von Grund auf zu revidieren. *Wie* grotesk sich diese Fehltritte im Lichte der Tatsachen ausnehmen, zeigt schlagend ein kürzlich in deutscher Übersetzung unter dem Titel «Listen, Lügen, Lobbies. China im Zerrspiegel der öffentlichen Meinung» erschienenen Buch von Felix Greene, dem amerikanischen Schriftsteller und Erforscher des neuen China, aus dessen früheren Veröffentlichungen wir an dieser Stelle auch schon einiges angeführt haben. Einer Besprechung des Buches in der Hamburger «Neuen Politik» seien nur zwei sprechende Beispiele von Chinaweisheiten führender amerikanischer Staatsmänner entnommen.

* Daß die «Neue Zürcher Zeitung» nichts Gescheiteres zu tun wußte, als im Titel einer Meldung über die große Pekinger Kundgebung zum Jahrestag der Ausrufung der Republik diese Parade als «chinesisches Oktoberfest» zu bezeichnen und sie damit dem berüchtigten Bier- und Vergnügungsrummel von München gleichzustellen, ist in seiner hochmütigen Dummheit typisch für das Niveau, auf dem dieses Blatt Chinapolitik treibt.

Am 12. Januar 1950, drei Monate nach der Machtergreifung Mao Tse-tungs und seiner Partei in Peking, erklärte der damalige US-Außenminister *Dean Acheson*: «Was in China vor sich geht, ist, daß die Sowjetunion die nördlichen Provinzen Chinas von China abtrennt und der Sowjetunion einverleibt.» Noch anderthalb Jahre später sagte der damalige Stellvertreter Achesons und heutige amerikanische Außenminister *Dean Rusk*, am 18. Mai 1951: «Das Regime in Peiping mag eine russische Kolonialregierung sein – ein slawisches Manchukuo in größerem Maßstab. Es ist nicht die Regierung Chinas. Es besteht nicht einmal die erste Probe. Es ist nicht chinesisch. Es ist nicht berechtigt, in der Gemeinschaft der Nationen für China zu sprechen.»

Wundert man sich da noch irgendwie über den vollkommenen Unsinn, ja die schamlose Lügenhaftigkeit der amerikanischen und allgemein-westlichen Aussagen zu Chinas Rolle im Koreakrieg, in seinem Grenzstreit mit Indien, in seinem Verhältnis zu Indonesien und jetzt im Kampf um Vietnam? Und welche Lügenflut würde sich erst über die «freie Welt» ergießen, wenn es wirklich zu der großen «Abrechnung» der Vereinigten Staaten mit ihrem Feind Nummer eins käme?

Vergegenwärtigen wir uns doch lieber die tatsächlichen Verhältnisse, die Chinas Führungsschicht zu dem «Fanatismus» und dem «Sektierertum» gebracht haben, welche man ihr heute zum Vorwurf macht und teilweise gewiß auch machen muß. K. S. Karol, einer der urteilsfähigsten Journalisten, die wir in der internationalen Presse kennen, und der sich neuerdings sechs Monate in China aufgehalten hat, erinnert im «Nouvel Observateur» (Paris, Nr. 96) mit gutem Grunde daran, daß im Augenblick seiner Befreiung (1949) China ein Pro-Kopf-Einkommen seiner Bevölkerung hatte, das unter demjenigen im Kongo stand und auch heute noch unter dem Durchschnittseinkommen in Kambodscha, Indien, Algerien und Paraguay liegt. «Aber China hat nie auch nur einen Sou als westliche Hilfe an unterentwickelte Länder empfangen, und auch heute erhält es noch immer nichts, hilft aber selber gewissen anderen Ländern. Überdies hat der einseitige Bruch der Wirtschaftsvereinbarungen, die es mit der Sowjetunion getroffen hatte, seit 1960 seiner Wirtschaft unberechenbaren Schaden zugefügt. Trotzdem industrialisiert sich China viel schneller aus eigenen Mitteln als bestimmte Länder, die eine bedeutende Auslandhilfe genießen (zum Beispiel Indien). Es kennt keine Hungersnöte mehr, wie sie weiterhin die unterentwickelten Erdteile verheeren, und auf dem Gebiete der Volksgesundheit, der Hygiene und der Bildung hat es erstaunliche Fortschritte gemacht.»

Die politische und wirtschaftliche Isolierung, in der China steht, lastet freilich schwer auf ihm. Aber die Vereinigten Staaten mit ihrer unerbittlichen Blockade gegen China und die Sowjetunion mit dem Rückruf ihrer Techniker aus China sind, wie Karol schreibt, «viel mehr für das Wirtschaftssystem und das Sektierertum Chinas verantwortlich, als sie meinen». Und dazu kommt nun die Bürde, die sich China mit seiner ausgiebigen Hilfe an das kämpfende Vietnam aufgeladen hat. «Wären die Chinesen grundsatzlose Zyniker, betrieben sie eine neu-stalinistische Diplomatie und

stellten sie ihren unmittelbaren Vorteil über den der Vietnamesen, so hätten sie einen Druck auf Hanoi und die Nationale Befreiungsfront (in Südvietnam) ausgeübt und sie veranlaßt, um jeden Preis den Brand zu löschen, der auch China in Flammen zu setzen droht... Aber Mao teilt offensichtlich nicht die Auffassung vom ‚politischen Realismus‘, die Stalin hatte, und glaubt nicht an die Tugenden der Beschwichtigungspolitik. Angesichts eines unversöhnlichen Feindes, der stärker ist als er, bereitet er sich auf einen langwierigen Krieg mit ihm vor, der allmählich das Kräfteverhältnis umkehren wird.»

Ich bin allerdings überzeugt, daß der Glaube der chinesischen Staats- und Parteiführer an die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Amerika wesentlich dazu beitragen kann, einen solchen Krieg herbeizuführen. Hinter solchem Ablauf der Ereignisse steht ein seelisch-sittliches Gesetz, das Peking nur zu seinem Schaden mißachtet. Auch die Selbstabkapselung Chinas gegenüber den sozialistischen und kommunistischen Kräften des Westens, der fast unglaubliche Formen annehmende Mao-Kult und die Aufführung der »Roten Garden« sind Erscheinungen, die wir ehrlicherweise nur bedauern können. Aber es sei noch einmal gesagt: All das muß im Zusammenhang mit der ganzen Entwicklung des Verhältnisses zwischen China und der übrigen Welt, vor allem seiner Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, gesehen werden. Und an der tragischen Wendung, die diese Beziehungen genommen haben, trägt die westliche Welt, mit dem amerikanischen Imperialismus an der Spitze, die Hauptschuld. Diesen Sachverhalt wollen wir uns nie vernebeln lassen, mag nun kommen, was da will.

Auflösende Kräfte in den USA Gern hätte ich noch einiges über das Wirken des nordamerikanischen Imperialismus in Lateinamerika, wo bedeutsame Gegenkräfte tätig sind, und in Afrika gesagt, das andauernd von Unruhe und Gewalttätigkeit geschüttelt wird, und wo nicht zuletzt die Ersetzung des ermordeten südafrikanischen Ministerpräsidenten Verwoerd durch einen noch schwerer belasteten Rassendoktrinär, den ehemaligen Hitlerfreund Vorster, nichts Gutes verheißt. Aber das soll für ein nächstes Mal aufgespart werden. Dafür mag ein Blick auf die *innere Lage der Vereinigten Staaten* etwelchen Aufschluß über die Haltbarkeit seines gegenwärtigen sozialen und politischen Gesamtregimes und damit auch seiner internationalen Machtstellungen geben.

Trotz allem gegenteiligen Augenschein halte ich daran fest, daß ein sittlich so kernfaules Wirtschaftssystem wie das des amerikanischen (und weltweiten) »freien Unternehmertums« auch äußerlich versagen wird. Wie lang es sich noch halten können, steht dahin; daß aber immer wieder Krisenanzeichen aller Art in seinem Schoß auftreten müssen, hat man auch in den letzten Monaten erneut bestätigt gefunden. Die Geldentwertung schreitet fort; die Preise steigen und die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt. Lohnkämpfe ungewohnten Ausmaßes flackern in den verschiedensten Wirtschaftszweigen auf. Das Defizit im Bundeshaushalt hat eine in Friedenszeiten

kaum je erreichte Höhe gewonnen. Die Zahlungsbilanz der USA gegenüber dem Ausland ist beunruhigend passiv geworden; die Ausgaben übersteigen die Einnahmen beträchtlich, so daß die Goldreserven immer stärker angegriffen werden müssen. Vielleicht muß sogar der vermeintlich so unerschütterliche Dollar abgewertet werden. Inzwischen behält die Teil- und Ganzarbeitslosigkeit ihren gewohnten Hochstand, wobei die jugendlichen und die schwarzen Arbeitskräfte am schlimmsten betroffen werden. Ein Viertel der Gesamtbevölkerung lebt sowieso dauernd unter dem sozialen Existenzminimum.

Gleichzeitig schwillt die Verbrechenswelle an Umfang und Stärke noch immer an. Wie Scott Nearing in der «Monthly Review» (September) erwähnt, belief sich die Zahl der Verbrechen in den Vereinigten Staaten im Jahr 1960 auf 1 861 000, 1965 aber schon auf 2 734 000, also eine Steigerung um 47 Prozent in fünf Jahren. In den ersten Monaten des laufenden Jahres wurden 6 Prozent mehr Verbrechen gezählt als in der gleichen Zeit des letzten Jahres. Dabei nimmt besonders die Zahl der schweren Verbrechen auffallend zu (kein Wunder angesichts der verrohenden Wirkungen des Vietnamkrieges auch auf die Zivilbevölkerung). Erstaunlich groß war in den vergangenen Monaten auch die Zahl und der Umfang der Zusammenrottungen, Brandstiftungen und Plünderungen; die Polizei scheint da machtlos zu sein.

Die Rückwirkungen des Vietnamkrieges machen sich, je länger der Krieg dauert und je mehr Soldaten nach Indochina geworfen werden, außerdem in zunehmenden Menschenverlusten und einem entsprechenden Ingrimm der Hinterlassenen und sonst Betroffenen gegen den Regierungskurs bemerkbar. Der offene Widerstand gegen das Vietnamverbrechen Johnsons scheint vorerst allerdings eher abgeschwächt und jedenfalls wirkungslos geworden zu sein. Der allgemein verbreitete Wunsch nach einer Beendigung des unerklärten Krieges drückt sich sogar in der Bereitschaft des Präsidenten aus, die Kriegsanstrengungen noch höher zu steigern und entscheidend zu erweitern. Auf die bevorstehenden Wahlen hin (Erneuerung des ganzen Abgeordnetenhauses und eines Drittels des Bundessenats, Gouverneurs- und Parlamentswahlen in verschiedenen Einzelstaaten usw.) wird Johnson auf jeden Fall etwas «Patriotisches» zu tun versucht sein.

Nur kann eben eine Kriegsausweitung, besonders in Richtung China, auch ganz andere als die im Weißen Haus erwarteten Wirkungen haben. Die Oppositionskräfte könnten zu neuer und vielleicht erfolgreicherer Tätigkeit ermutigt werden, auch wenn der Ruf zur nationalen Einigkeit im Kampf um Amerikas Weltgeltung und um die Zukunft der Freiheit auf Erden noch viel stärker ertönen würde als schon bisher. Namentlich aber wird die Regierung und die von ihr vertretene kapitalistische Oberschicht mit einem gefährlichen Aufbegehren eines wichtigen Teiles der *Negerschaft* rechnen müssen. Man hört ja andauernd von erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Weißen und Schwarzen in amerikanischen Großstädten – Zeichen der fortschreitenden Radikalisierung der Negerbevölkerung. Man täusche sich nicht: der gewaltlose Kampf, den unter Führung von Männern

wie Pfarrer King gewisse Negergruppierungen für die Gleichberechtigung der Rassen führen, verliert bei der Masse der nordamerikanischen Schwarzen mehr und mehr an Glaubwürdigkeit. Unter dem Druck der harten wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen setzt sich gerade in den am meisten rassen- und klassenbewußten Schichten der Negerbevölkerung die Überzeugung durch, daß dem schwarzen Mann und der schwarzen Frau nur mit einem entschlossenen Angriff auf die ganze gesellschaftliche Ordnung gedient sei, die die Entrechtung, Ausbeutung und Niederhaltung der Neger ermögliche. Ist es da wahrscheinlich, daß diese Negeraktivisten in einer schweren internationalen Verwicklung der Vereinigten Staaten nicht eine Gelegenheit sehen würden, dem verhaßten System der weißen Rassen- und Klassenherrschaft einen mächtigen Schlag zu versetzen? Die Regierenden werden gewiß auch an solche Möglichkeiten denken, bevor sie ihrerseits zu einem, wie sie glauben, entscheidenden Schlag gegen den asiatischen Kommunismus ausholen. Tun sie es nicht – um so schlimmer für sie!

Washington, Bonn, Moskau Die Wirkungen des Vietnamkrieges auf *Europa* zeigen sich gegenwärtig besonders in der Gestalt *gespannter Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westdeutschland*. Die Bundesrepublik war ja eine Schöpfung Amerikas und seines Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, der sofort nach Roosevelts Tod zielbewußt wieder aufgenommen wurde. Seither ist Westdeutschland aber groß und mächtig geworden und sucht die Vereinigten Staaten als Werkzeug *seiner* Ostpolitik zu gebrauchen, die nicht mehr ohne weiteres auch diejenige der USA ist. In Washington wäre man längst froh, den sturen, völlig unbelehrbaren westdeutschen Antikommunismus – eine ideologische Verkleidung des alten deutschen Dranges nach Osten – loszuhaben. Dies um so mehr, als es den Vereinigten Staaten bei ihrer angespannten Finanzlage immer schwerer wird, die hohen Kosten für die amerikanischen Besatzungstruppen in der Bundesrepublik aufzubringen. Bonn sucht ihnen das durch Rüstungskäufe in Amerika zu erleichtern, erklärt aber, über Mitte 1967 hinaus es nicht mehr tun zu können. Eine Einigung über die Frage des «Devisenausgleiches» ist jedenfalls auch beim kürzlichen Besuch Kanzler Erhards in Washington nicht zustandegekommen.

Noch weniger haben sich Erhard und Johnson über die *Militärfragen* einigen können. Die ganze politisch-militärische Grundauffassung, auf der die riesige Kriegsrüstung Westdeutschlands beruht, war nicht nur von vornherein widersinnig, sondern hat sich – wie die notdürftig verschleierte Bundeswehrkrise erkennen ließ – auch als undurchführbar erwiesen. Sie stieß mit der sogenannten Vorwärtsverteidigung, wie sie die großen und kleinen Bonner Kriegführungsgelehrten planen, namentlich auch auf den Widerstand der amerikanischen Massenmordtechniker mit ihrer Theorie von der «abgestuften Abschreckung». Der Lieblingstraum der westdeutschen Heimkrieger, die Einschaltung Bonns in die Verfügung über die westmächtlichen Atomwaffen, kann darum schon heute als verfliegen gelten. Noch schlimmer: der Zerfall der NATO droht der westdeutschen Ostpolitik überhaupt

den Boden unter den Füßen wegzunehmen. In Washington gibt man immer offener zu, daß von einer sowjetischen Angriffsabsicht gegenüber dem Westen keine Rede mehr sein könne und daß man für das Märchen vom drohenden russischen Revolutionskrieg keinen Gebrauch mehr habe. Mit Rücksicht auf die peinliche Lage der westdeutschen Staats-, Militär- und Parteiführer, die ihrem Volk frei nach Hitler und Goebbels das ewige Gruseln vor den «Bolschewiki mit dem Messer zwischen den Zähnen» beigebracht haben, wagt man das noch nicht gerade herauszusagen; aber die Ahnung, daß die westdeutsche Außenpolitik vor einem Scherbenhaufen stehe (in anderem Sinn freilich, als Konrad Adenauer es meint), ergreift doch allmählich weitere Kreise in der Bundesrepublik und hat, zusammen mit den bekannten innerpolitischen Schwierigkeiten der Bonner Regierung, besonders Herrn Erhards Stellung arg erschüttert.

Zu einem Kanzlerwechsel ist es allerdings noch nicht gekommen; sie müssen Erhard *faute de mieux* noch eine Zeitlang behalten, solange wahrscheinlich, bis Franz Josef Strauß seine Zeit als gekommen erachtet. Mittlerweile bemühen sich die Amerikaner auf das Angelegentlichste, *die Russen wieder versöhnlich zu stimmen*. Seit Chruschtschew und der Kubakrise kommen die Sowjetführer diesen Bemühungen auch weit entgegen. Aber mit ihrem Vietnamkrieg machen es die Regierenden in Washington ihren Moskauer Kollegen verzweifelt schwer, den Kräften der internationalen Linken die Notwendigkeit einer Koexistenz um jeden Preis mit dem amerikanischen Imperialismus zu beweisen. Was sollen die Sowjetführer in diesem Zwiespalt tun?

Ihre Warnungen an Washington vor einer weiteren Steigerung des Vietnamkrieges und die begrenzte Hilfeleistung, die sie Nordvietnam zukommen lassen, machen auf Johnson und seine Ratgeber herzlich wenig Eindruck. «Wenn das Ziel der Amerikaner», so schreibt K. S. Karol in einem neuen Aufsatz für den «Nouvel Observateur» (Nr. 97), «darin besteht, allen revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt einen Schlag zu versetzen und sogar die Wirtschaftskraft Chinas zu vernichten, um die künftige Ausdehnung des Kommunismus besser zum Stehen zu bringen, erscheint die sowjetische Antwort besonders unangemessen. Die Amerikaner werden eben auf ihr anmaßendes Vorhaben, der Welt eine *pax americana* aufzuzwingen, nur verzichten, wenn sie begreifen, daß sie nie mit Waffengewalt den Kommunismus ausrotten können noch die Fortentwicklung der Welt einfrieren zu lassen vermögen, indem sie die Völker mit ihren Atombomben in Schrecken halten.» Karol findet darum – und wir stimmen ihm vollauf zu –, die Sowjetunion müsse mit allen nichtmilitärischen Mitteln, über die sie verfügt, den Vereinigten Staaten schleunig die Erkenntnis beibringen, daß sie *das amerikanische Gewaltgesetz nicht anerkennt*. «Wenn die Sowjetregierung eine umfassende Offensive gegen Amerika auslöst, wenn sie die schwachen Punkte der amerikanischen Stellungen – und es gibt solche! – auszunützen verstünde, würden die Partner der Vereinigten Staaten wahrscheinlich die Verantwortung für diese Verschlechterung der internationalen Beziehungen dem johnsonischen Wahnwitz aufbürden. Und auch ein Druck

auf Washington, der viel wirksamer als jetzt von innen her aus dem westlichen Lager ausgeübt würde, könnte die Amerikaner zum Maßhalten veranlassen.»

Es ist wahrlich hohe Zeit, daß sich die Sowjetführer zu einer solchen *wirklichen* Friedensoffensive aufraffen. Sie würde der Sowjetunion selbst am meisten zugutkommen – zunächst mehr als dem unmittelbar bedrohten China – und das Ansehen der Sowjetunion als einer Vorkämpferin und Helferin der unterentwickelten, vom ausländischen Imperialismus ausgebeuteten Völker wiederherstellen, ja vielleicht sogar eine Wiederannäherung Chinas an die Sowjetunion und die westliche Linke vorbereiten. Was seinerzeit, als MacArthur im Koreakrieg gegen China losschlagen wollte, durch das Eingreifen Großbritanniens unter Attlee möglich war – Washington zur Vernunft zu bringen –, sollte es heute nicht auch der Sowjetunion möglich sein, da von dem England Harold Wilsons ja doch nichts zu erwarten ist? Auf den Moskauer Staatsmännern ruht eine schwere Verantwortung. Alle guten Geister mögen mithelfen, daß sie merken, was die Stunde geschlagen hat, und dann entschlossen danach handeln!

7. Oktober

Hugo Kramer



Versandbuchhandlung
Postfach 20, 8060 Zürich
Telephon (051) 45 84 11

Verlangen Sie unsere «informationen»
mit aktuellen Neuerscheinungen

Unser «Buch des Monats» im Oktober:

Robert Jungk: Die große Maschine

Übernationale Forschung als kulturelle
Menschheitsaufgabe
Die Geschichte des Genfer Atom-
forschungszentrums CERN

SCHERZ-VERLAG, BERN

Etwa 240 Seiten, Leinen, etwa Fr. 19.80

Das neue Werk des Autors von «Heller
als tausend Sonnen» und «Strahlen aus
der Asche»